



Oliver Krischer MdB
NEWSLETTER

NEWSLETTER DEZEMBER 2011

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Themen Atomkraft und Energiewende bewegen die Menschen auch weiterhin. Dies zeigt nicht nur die Castor-Demo am Atommüllzwischenlager Gorleben, sondern auch die halbherzige Energiewende der Bundesregierung. Der Atomausstieg ist zwar seit einem knappen halben Jahr beschlossen, doch beim zweiten und mindestens genauso wichtigen Teil der Energiewende – nämlich dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz – versagt die Bundesregierung bisher kläglich. Den was nützt der beste Atomausstieg, wenn am Ende die Alternativen nicht im gleichen Maße vorangebracht werden? Man hat den Eindruck, bei CDU/CSU und FDP haben wieder die Kräfte Oberhand, die nur beweisen wollen, dass es ohne Kohle und Atom nicht geht.

Egal wo man hinschaut – sei es die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes, das Zick-Zack bei der Wiedereinführung des Mini-KWK-Programms, das Blockieren des Wirtschaftsministers bei der EU-Energieeffizienzrichtlinie oder der stockende Netzausbau – überall herrscht Untätigkeit, Ratlosigkeit und regierungsinterner Streit und nirgends geht es wirklich voran. Das Schlimme daran ist, dass die Uneinigkeit der Regierung bei diesen wichtigen Fragen nicht nur auf dem Rücken des Klimaschutzes, sondern auf dem Rücken ganzer Branchen und Industriezweige ausgetragen wird.

Aber lesen Sie dies und weiteres am besten selbst in meinem aktuellen Newsletter. Trotz manch unschöner Nachricht wünscht Ihnen dabei viel Spaß

Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

1. **Bundesregierung lässt Verbraucher die Energiewende bezahlen**
2. **Anhörung zu unkonventionellem Erdgas**
3. **Bundesregierung blockiert Energieeffizienz**
4. **Netzausbau gerät ins Wanken**
5. **Importe von Erdölprodukten aus Teersanden stoppen**
6. **Positionspapier KWK – Novelle des Gesetzes**
7. **Zick-Zack-Kurs beim Mini-KWK-Programm**
8. **Energie-Gesetze im Vermittlungsausschuss**
9. **Aus für Kernkraftwerk Tihange?**
10. **Bundesregierung setzt Castortransporte von Jülich nach Ahaus durch**
11. **Fachgespräch „Die Speicherfrage – Stolperstein für die Energiewende?“**
12. **Grüne Kommunalpolitiker diskutieren über RWE-Aktien in Kommunalen Hand**
13. **Bürger können sich zu AKW in Holland äußern**
14. **Wahl in den Vorstand von Eurosolar**

Termine

- 7.12. **Going Green – Chancen für die chem. Industrie in Leverkusen**
- 8.12. **RWE-Kraftwerkspläne Niederaußem in Fliesteden**
- 10.12. **BUND-Tagung Das Braunkohlerevier nach der Braunkohle in Grevenbroich**
- 12.-16.12. **Sitzungswoche im Bundestag in Berlin**
- 18.12. **Sonntagsspaziergang am Brennelementezwischenlager Ahaus**
- 19.12. **Grüner Bezirksrat Mittelrhein in Köln**
- 20.12. **VA zu Konzessionsverträgen Hagen**

1. Bundesregierung lässt Verbraucher die Energiewende bezahlen

Bundeswirtschaftsminister Rösler lässt keine Gelegenheit aus, sich zum Geisterfahrer in der Energiewende zu machen. Umlagebefreiungen für energieintensive Unternehmen bei der EEG-Umlage und die Befreiung von Netzengelt sind nur zwei der zahlreichen Beispiele. Die Liste würde sich beliebig fortsetzen. Doch eins wird jetzt schon klar: Die Unternehmen werden von der Bewältigung der Energiewende weitestgehend verschont, die privaten Verbraucher müssen zahlen. Warum? [HIER](#) finden sich die Antworten.

2. Anhörung zu unkonventionellem Erdgas

Der Unterausschuss hat eine Anhörung zur Förderung von Unkonventionellem Erdgas durchgeführt. Die dabei eingesetzte Fördermethode „Fracking“ steht in den USA im Verdacht, Trinkwasser mit giftigen Chemikalien zu verunreinigen und Erdbeben auszulösen. Studien haben diesen Verdacht mittlerweile bestätigt. Auch in Deutschland haben sich mehrere Erdgasunternehmen Aufsuchungslizenzen gesichert. Insgesamt acht von den Bundestagsfraktionen eingeladene Experten standen den Abgeordneten Rede und Antwort. Beinahe einhellig plädierten die Experten für die Einführung einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung und sahen vielfach auch weiteren Regelungsbedarf. Ein ausführlicher Bericht findet sich [HIER](#) sowie die Stellungnahmen der Sachverständigen [HIER](#).

Ein Beitrag von [Report München](#) verdeutlicht noch einmal den Einfluss der Gasindustrie auf die Politik der Bundesregierung, die sich nach eineinhalb Jahren öffentlicher Diskussion immer noch nicht klar positioniert hat. So mutiert Umweltminister und NRW-CDU-Landesvorsitzender Röttgen auf der Fahrt von NRW nach Berlin regelmäßig vom Fracking-Kritiker zum –Befürworter. Derweil hat die Grüne Bundesdelegiertenkonferenz Ende November einen von mir mit erarbeiteten Beschluss zum Thema [Unkonventionelles Erdgas und Fracking](#) gefasst.

3. Bundesregierung blockiert Energieeffizienz

Schwarz-Gelb konterkariert mit ihrer Blockadehaltung beim Thema Energieeffizienz die eigenen Klimaschutzziele, die Kanzlerin Merkel 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft selbst festgelegt hatte. Damit macht sich Deutschland auf diesem Feld auf europäischer Ebene unglaublich. [HIER](#) gibt es weitere Infos dazu. Eine Studie in Auftrag der grünen Bundestagsfraktion kommt zum Ergebnis, dass bei Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie die Verbraucher um 14 Milliarden Euro pro Jahr entlastet und zudem 120 000 Arbeitsplätze bei Nicht-Umsetzung gefährdet werden. Die Studie und weitere Infos finden sich [HIER](#).

4. Netzausbau gerät ins Wanken

Vor wenigen Tagen hat der Netzbetreiber Tennet einen Brandbrief an das Bundeskanzleramt geschrieben. Wesentlicher Inhalt: Der Anschluss von Offshore-Windparks auf hoher See scheitert an „fehlenden finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen aller Beteiligten“. Warum und wieso? Die Hintergründe finden sich [HIER](#). Auch der [Monitoringbericht der Bundesnetzagentur](#) belegt, dass der Netzausbau nicht vom Fleck kommt. Ursache hierfür sind allerdings weniger Bürgerproteste wie immer behauptet sondern Planungsfehler, fehlende Abstimmungsprozesse zwischen Behörden und Netzbetreibern usw.

In die gleiche Richtung geht auch eine [Studie des Bundesverbandes Windenergie](#), wonach die zunehmende Zahl von Abschaltungen von Windenergieanlagen vor allem in Norddeutschland nicht auf Engpässe im bundesweiten Übertragungsnetz sondern im regionalen Verteilnetz zurückzuführen sind.

5. Importe von Erdölprodukten aus Teersanden stoppen

Brüssel plant ein de-facto Importverbot für Erdölprodukte aus Teersanden. Denn Kraftstoffe aus Teersanden (Bitumen) werden unter einem extrem hohen Energieaufwand aus einem Sandgemisch gewachsen. Doch dieser aufwendige Prozess führt zu einer miserablen Treibhausgasbilanz. Die Bundesregierung tritt auch hier auf die Bremse. Wir bringen gerade einen Antrag ein. Alle Infos dazu [HIER](#).

6. Positionspapier KWK – Novelle des Gesetzes

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist die gleichzeitige Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme und eine effiziente Form der Energieerzeugung. Sie kann sowohl dezentral in Wohnhäusern, Industriebetrieben und in Nahwärmenetzen als auch durch Auskopplung von Wärme in Großkraftwerken, z.B. für Fernwärmenetze, eingesetzt werden. Mit Gesamtwirkungsgraden von bis zu 90 Prozent und einem

entsprechend geringen CO₂-Ausstoß ist die KWK hocheffizient und trägt effektiv zu Ressourcen- und Klimaschutz bei. Dennoch kommt der Ausbau der KWK seit Jahren kaum vom Fleck. Mit einem Positionspapier hat die grüne Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge zum Ausbau der KWK verabschiedet. Das Papier findet sich [HIER](#). Zudem: Unser andauernder politischer Druck hat sich bezahlt gemacht, die Bundesregierung bewegt sich plötzlich beim Thema KWK-Gesetz: Eine Studie zum Stand der KWK in Deutschland von Prognos und Berliner Energieagentur liegt vor, der darauf aufbauende Zwischenbericht der Bundesregierung und seit wenigen Tagen nun auch Referentenentwürfe für eine Novelle des KWK-Gesetzes. Angeblich soll das Kabinett das Gesetz noch vor Weihnachten beschließen. Inhaltlich zwar alles halbherzig, aber es bewegt sich immer etwas. Alle Infos dazu in Kürze [HIER](#).

7. Zick-Zack-Kurs beim Mini-KWK-Programm

Eine Energiewende im Keller gelingt nur mit verlässlichen politischen Rahmenbedingungen. Diese fehlen jedoch derzeit. 2010 forderte die Bundesregierung das Impulsprogramm für Mini-KWK-Anlagen ein, nun antwortet sie in meiner schriftlichen Frage, die klimaschonende und noch junge Mini-KWK-Technologie wieder zu fördern. Das ist zwar erfreulich, aber dieser Zick-Zack-Kurs schadet der gesamten KWK-Branche, wenn es ein Jahr mal eine Förderung gibt, dann wieder nicht, dann wieder doch – Planungssicherheit sieht anders aus. Vor allem aber ist es nicht hinzunehmen, dass es noch bis April(!) dauern soll, bis die Förderrichtlinie in Kraft tritt. Das können mittelständische Unternehmen nicht verkraften. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

8. Energie-Gesetze im Vermittlungsausschuss

Weiterhin keine Einigung gibt es beim CCS-Gesetz zur unterirdischen Speicherung von CO₂. Der Knackpunkt ist noch immer, dass sowohl die schwarz-gelbe Bundesregierung, als auch das rot-rot regierte Brandenburg ein Gesetz für die Speicherung von CO₂ aus Kohlekraftwerken fordert. Diese Position tragen weder die grün (mit-)regierten Bundesländer, noch das schwarz-gelbe Schleswig-Holstein oder Niedersachsen mit. Wenn CCS überhaupt zum Einsatz kommen sollte, dann lediglich für prozessbedingte Emissionen. Ein reines Forschungsgesetz wäre ein Kompromiss, mit denen alle halbwegs leben könnten. Dazu hat die Grüne Bundestagsfraktion einen [Vorschlag](#) gemacht.

Auch beim Vermittlungsausschuss zum Steuerbonus bei der Gebäudesanierung ist weiterhin keine Bewegung sichtbar. Zuerst zögerte die Bundesregierung monatelang mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses und nun stocken die Beratungen im Vermittlungsausschuss. Dabei würde sowohl die Politik als auch die Hausbesitzer von einer schnellen Einigung profitieren. Die Unternehmensinitiative DENEFF hat ein [Fact-Sheet](#) dazu online gestellt.

9. Aus für Kernkraftwerk Tihange?

Die belgischen Parteien haben vor wenigen Wochen beschlossen, am 2003 besiegelten Atomausstieg festzuhalten. Dies ist ein ermutigendes Signal für ein atomkraftfreies Europa. Meine Kommentierung findet sich [HIER](#) und das

dazugehörige Presseecho [HIER](#).

Angesichts der weiterhin unklaren Lage bei der Regierungsbildung in unserem Nachbarland Belgien bleibt zu hoffen, dass der Atomausstieg auch umgesetzt wird.

10. Bundesregierung setzt Castortransporte von Jülich nach Ahaus durch

Gegen den erklärten Willen der NRW-Landesregierung und des NRW-Landtags setzt Bundesumweltminister Röttgen zusammen mit seiner Kabinettskollegin Schavan – die für den 90%-Anteil des Bundes am Forschungszentrum Jülich verantwortlich ist – den Transport von 152 Castoren mit hochradioaktivem Atommüll von Jülich nach Ahaus durch. Diese Transporte sind gefährlich, überflüssig, teuer und langfristig durch nichts zu begründen. Meine Kommentierung [HIER](#). Der Grüne Landesverband NRW ruft zudem zum [Sonntagsspaziergang](#) am Brennelemente-Zwischenlager Ahaus am 18.12.11 um 14.00 Uhr auf, um gegen diese Politik der Bundesregierung zu protestieren.

11. Fachgespräch „Die Speicherfrage – Stolperstein für die Energiewende?“

Weit über 100 Teilnehmer diskutierten beim Fachgespräch der Grünen Bundestagsfraktion zum Thema Speichertechnologien. Die Hauptbotschaft des Nachmittags war, dass wir jetzt Forschung und Markteinführung forcieren müssen, damit wir nach 2020 ausreichend Speichermöglichkeiten haben. Doch die politischen Rahmenbedingungen sind noch weiter auszubauen. Denn es reicht nicht aus, die Energiewende zu beschließen, dann aber das Speicherthema nicht weiter zu fokussieren. Die Präsentationen der Referenten und die Zusammenfassungen finden sich [HIER](#).

12. Grüne Kommunalpolitiker diskutieren über RWE-Aktien in Kommunalen Hand

Mitte November trafen sich im Düsseldorfer Landtag grüne Kommunalpolitiker, um über RWE-Aktien in kommunaler Hand zu diskutieren. Eine Reihe von Kreisen und Städte sowie die beiden Landschaftsverbände in NRW besitzen Aktien der RWE AG. Der freie Fall der Aktien in den vergangenen Monaten reißt nun massive Löcher in die Haushalte vieler Kommunen. Welche Handlungsoptionen bieten sich daraus und wie geht es weiter? Alle Infos [HIER](#).

13. Bürger können sich zu AKW in Holland äußern

Im niederländischen Borssele soll ein neues Kernkraftwerk gebaut werden. Um den genauen Standort festzulegen, wird im Vorfeld eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Im Rahmen dieser Prüfung wird ein Grundlagenpapier ausgelegt, zu dem auch jeder Bürger in NRW Stellung nehmen kann. Einwendungen sind noch bis zum 12. Januar 2012 möglich. Mehr Infos [HIER](#).

14. Wahl in den Vorstand von Eurosolar

Mitte November wurde ich in den Vorstand von [Eurosolar – der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien](#) – gewählt. Eurosolar ist eine 1988 gegründete unabhängige europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien, die in 13 EU-Ländern aktiv ist und ihren Hauptsitz in Bonn hat. Hauptziel des Vereins ist, die

atomare und fossile Energiegewinnung vollständig durch Erneuerbare Energien zu ersetzen. Meine Pressemitteilung hierzu findet sich [HIER](#).

15. Termine

7.12. 16 Uhr [Going Green – Chancen für die chem. Industrie](#) in Leverkusen

8.12. 19:30 Uhr [RWE-Kraftwerkspläne Niederaußem](#) in Fliesteden

10.12. 14 Uhr [BUND-Tagung Das Braunkohlerevier nach der Braunkohle](#) in
Grevenbroich

12.-16.12. Sitzungswoche im Bundestag in Berlin

18.12. 14.30 Uhr [Sonntagsspaziergang am Brennelemente-Zwischenlager](#) in Ahaus

19.12. Grüner Bezirksrat Mittelrhein in Köln

20.12. 18.30 Uhr Konzessionsverträge als Instrument zum kommunalen Klimaschutz in
Hagen

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken..